Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 30 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 450. Dienstag den 22. December 1891. 85. Jahrgang.

Leipzig, 22. December.

* Das preußische Staatsministerium wird in nächster Zeit, d. h. gleich nach dem Neujahr, in mehreren Sitzungen noch über wichtige Vorlagen für den Landtag sich schlüssig machen, dazu gehört das Volksschulgesetz und die von einigen Blättern angezeigte Erweiterung der Erbschaftssteuer. Eine gesetzliche Regelung in dieser Richtung ist, wie man sich erinnern wird, schon bei der Einbringung der Steuergesetze im vorigen Jahre von der Regierung angekündigt worden, und zwar als nothwendige Ergänzung des Einkommensteuergesetzes.

* Ueber die Stellung der Parteien zur Regierung bringt der „Hannoversche Courier" eine Zuschrift aus Reichstagskreisen, in welcher zunächst bestritten wird, daß es der freisinnigen Partei gelingen werde, trotz aller herzlichen Annäherungen, insbesondere von Seiten des Herrn Rickert, einen wirklichen Einfluß auf die Regierungspolitik zu erlangen. Anders verhalte es sich mit der Stellung des Centrums. Könnte man in unserem constitutionellen Staate überhaupt von einer „Regierungspartei" reden, so würde diese Bezeichnung allein auf das Centrum angewendet werden können. Man erkenne jetzt, welches Hinderniß durch Windthorst's Tod aus dem Wege geräumt sei. Es heißt dann weiter: „Lebte der welfisch-ultramontane Führer noch, so würde der Gouvernementalismus des Centrums zum mindesten nicht nach außen so unverhüllt in die Erscheinung getreten sein. Diese engste Annäherung zwischen Regierung und ultramontaner Partei ist das eine bedeutsame Ergebniß dieser letzten Wochen; die Entfremdung, ja der Zerfall zwischen der Regierung und der Rechten ist das andere. Allerdings, von den Deutschconservativen hat eine beträchtliche Minderheit, von der Reichspartei die Mehrheit für die Verträge gestimmt. Aber, wenn man so sagen kann, die Seele dieser Parteien war bei der Opposition. Und daß diese Opposition keine ausschließlich wirthschaftliche, auf den unmittelbar vorliegenden Gegenstand bezügliche war, sondern daß sie auf das Empfindlichste die politische Gesammtauffassung berührte, das ist einerseits aus der heftigen Rede des Herrn Stöcker, andererseits aus der überaus gereizten Abfertigung, mit welcher der Reichskanzler Herrn v. Kardorff bedachte, klar geworden. Durch die letzten Tage ist in die conservativen Parteien ein starkes Element der Gährung geworfen. Man kann nicht wissen, wie es wirken wird. Aber auch in dem unwahrscheinlichen Falle, daß Herrn v. Helldorff's Einfluß die Oberhand erhielte, würde die conservative Partei in dem Verhältniß zur Regierung neben dem Centrum nur eine secundairre Stellung einnehmen können. Wird sie sich dazu entschließen mögen? Das ist die große Frage, deren Beantwortung namentlich für das Schicksal der bevorstehenden Tagung des preußischen Landtags von Bedeutung sein wird."

* In der ersten Sitzung nach den Ferien wird sich der Reichstag bei Gelegenheit der Etatsberathung mit der von den Freisinnigen beantragten Resolution zu befassen haben: „Den Bundesrath zu ersuchen, eine Abänderung der Reichsverfassung, Art. 32, in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstags aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten." Der vor längeren Jahren von der Fortschrittspartei in öfterer Wiederholung eingebrachte Diätenantrag ist zum letzten Male im Spätherbst 1884 im Reichstage verhandelt und damals mit 180 gegen 99 Stimmen angenommen worden. In ähnlicher Weise hat sich der Reichstag auch bei den früheren Gelegenheiten zu Gunsten der Diäten ausgesprochen. Ebenso entschieden aber hat der Bundesrath diesen Beschlüssen des Reichstags stets seine Zustimmung versagt. Es wird sich nun fragen, ob beide Körperschaften auch heute noch auf dem früher eingenommenen Standpuncte stehen. In der Debatte vom 26. November 1884 schlug Fürst Bismarck seine Rede über die Sache mit den Worten: „Ich bitte, lehnen Sie diesen Antrag ab, sowie jede andere Verfassungsänderung, für die nicht ein zwingendes Bedürfniß vorliegt. Hegen Sie diese Achtung vor der Verfassung!" Vorher hatte er auseinandergesetzt, daß die Verfassung in diesem Puncte compromißmäßig zu Stande gekommen und die Diätenlosigkeit als ein Aequivalent für die weit ausgedehnte Wahlbefugniß aufrecht sei. Glaubt man nun etwa auf freisinniger Seite vermuthen zu können, daß die heutige Regierung sich anders zu der Sache stelle? Wir fürchten, es werde den Antragstellern dasselbe „Achtung vor der Verfassung!" entgegengerufen werden und zwar mit um so größerem Rechte, als solchen erst Herr Bamberger gegenüber dem, einem ganz unbestreitbaren Bedürfnisse entsprechenden Gesetzentwurfe über die Immunität der Reichstagsabgeordneten die gleiche Scheu vor Verfassungsänderungen gezeigt hat. Besonders gespannt aber darf man auf die Haltung des Centrums sein. 1884 hat es geschlossen für den Diätenantrag gestimmt. Am 9. December 1891 aber hat Herr Lucius gegenüber dem Antrage der Socialdemokraten auf Ergänzung der Verfassung — Recht des Reichstags zur Berufung von Enquete-Commissionen —, obgleich er materiell mit demselben vollkommen einverstanden war, seinen ablehnenden Standpunct mit genau denselben Argumenten der Rücksicht auf den Compromißcharakter der Verfassung begründet, wie Fürst Bismarck 1884 den seinigen gegenüber dem Diätenantrage. War das vielleicht der Vorläufer einer Schwenkung des Centrums in diesem Puncte?

* Unter der Ueberschrift „Klerikale Enthüllungen" bringen die „Hamburger Nachrichten" folgende bemerkenswerthe Mittheilungen.

Die demokratische Centrumspresse setzt ihre Bemühungen fort, die Vorgänge im März des vorigen Jahres und den Besuch Windthorst's beim damaligen Reichskanzler zu entstellen. Wir haben erst gestern einer falschen Angabe der „Germania" entgegentreten müssen, heute ist es der „Westf. Merk", welcher uns zwingt, der Wahrheit ihr Recht zu wahren. Das Blatt bringt in seiner Morgenausgabe vom 17. Dec. einen Artikel, in welchem u. A. gesagt wird: „Es steht fest, daß der ehemalige Reichskanzler kein Bedenken trug, die Kaiserin Friedrich um ihre Vermittelung anzugehen, um seinen Sturz hintanzuhalten. Es ist bekannt, aus welchen Gründen die Kaiserin jegliche Intervention abgelehnt hat. Die Besprechung Bismarck's mit dem Führer der stärksten Partei des Reichstags war ein weiterer Versuch, das gefährdete Portefeuille mit Hülfe des Centrums zu retten. Windthorst's Antwort lautete ähnlich wie diejenige der Kaiserin Friedrich."

Diese ganze Erfindung und namentlich die Angabe über die amtlichen Versuche des Reichskanzlers, sein gefährdetes Portefeuille mit Hülfe des Centrums zu retten, ist unbeschreiblich gegenüber der Thatsache, daß die Lösung der amtlichen Beziehungen des Kanzlers zum Kaiser schon mehrere Wochen vor der fraglichen Besprechung mit Windthorst für beide dabei Betheiligten außer Zweifel stand, nur mit der Maßgabe, daß der genauere Zeitpunct und die Modalitäten der Entlassung des Kanzlers erst festgestellt werden sollten, nachdem derselbe die ersten Verhandlungen mit dem neuen Reichstage geführt haben würde, also etwa im Mai oder Juni 1890. Die Vorgänge, durch welche eine Beschleunigung der Entlassung herbeigeführt wurde, entwickelten sich erst in den Tagen unmittelbar nach der Besprechung des Kanzlers mit dem Centrumsführer und wir lassen ihre Beziehung zu dieser Besprechung einstweilen unerörtert. Ebenso abgeschmackt ist die Erfindung, daß der Reichskanzler die Kaiserin Friedrich um Mitwirkung angegangen habe, „um seinen Sturz „hintanzuhalten"". Ueber diesen „Sturz" herrscht seit Wochen auf keiner Seite ein Zweifel, nur die Beschleunigung und die Umstände, von denen die Kaiserin begleitet war, konnten unerwartet sein. Uebrigens, und für jeden mit den Vorgängen Bekannten überzeugend unwahr ist es, daß von Seiten des Kanzlers irgendwie Schritt zur Verhinderung seines Ausscheidens geschehen wäre oder auch nur hätte geschehen können. Thatsachen sind freilich für Männer der feinnischen Demokratie gleichgültig; es liegt in ihren Grundsätzen, der Wahrheit nach Bedürfniß durch Correctur zu Hilfe zu kommen.

Der „Westfälische Merkur" sucht ferner, gleich andern seiner Gesinnungsgenossen, aus dem Interesse des Fürsten Bismarck für die Majorität des Reichstages bei Gelegenheit der Berathung wichtiger und complicirter Vorlagen einen Widerspruch zu der Haltung des Fürsten Bismarck im Amte als Reichskanzler zu construiren. Ein leitender Minister in Preußen und im Reiche hat unserer Ansicht nach die Hauptaufgabe, das Gleichgewicht der verfassungsmäßigen Gewalten im Staate zu erhalten und an dessen Herstellung zu arbeiten, wenn es gestört worden ist. Als Herr von Bismarck im Jahre 1862 Minister wurde, war die königliche Gewalt in ihren Rechten und namentlich in ihrem Ansehen beeinträchtigt und in den Kämpfen gegen die von Windthorst geführte Reichstags-Opposition von 1884 war die verfassungsmäßige Stellung des Kaisers und des Bundesrathes durch die oppositionelle Majorität bedroht. Heutzutage liegt der Eindruck näher, daß das Gleichgewicht der verfassungsmäßigen Gewalten zum Nachtheile der parlamentarischen Seite durch Verzicht der Parlamente und durch Strebsamkeit ihrer Fractionsführer gestört ist. Es steht zu befürchten, daß der Einfluß des Parlaments unter das Maß sinken könnte, das die Verfassung ihm zuweist. Eine solche Abschwächung der Bedeutung der Controle und der Kritik, zu der die Parlamente der Regierung gegenüber berufen sind, würde die Bürgschaften vermindern, die dem staatlichen Leben in Deutschland in der Verfassung sowie in der auf derselben beruhenden Verwaltung der Staatsgewalten gewährt sind.

* Vom Fürsten Bismarck hat Herr J. F. Holz, Director der chemischen Fabrik auf Actien, vormals Schering, und Vorsitzender der Berufsgenossenschaft für chemische Industrie, welcher mit Rücksicht auf die laut gewordene Absicht des Fürsten, nach Berlin zu kommen, demselben während der Dauer seines Aufenthaltes daselbst seine Villa im Westend zur Verfügung gestellt hatte, folgendes Antwortschreiben erhalten: „Ihr freundliches Schreiben und Antrag vom 16. v. Mts., über den mir auch Professor Schweninger berichtete, hat mich sehr erfreut und wird der Werth Ihres liebenswürdigen Anerbietens für mich nicht dadurch vermindert, daß jetzt kein Bedürfniß für mich vorliegt, demselben näher zu treten. Ich bitte Sie und Ihre Frau Gemahlin, für den warmen Ausdruck Ihres Wohlwollens meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen."

* Das endgiltige Ergebniß der Reichstagswahl in Hildesheim ist folgendes (die eingeklammerten Ziffern bedeuten das Resultat der vorjährigen Wahl): Der nationalliberale Candidat Sander erhielt 6623 (8129), der welfisch-klerikale Bauermeister 5944 (6804), der freisinnige Quensell 1689 (1584), der socialdemokratische Bertram 4593 (5457), der Antisemit Oelmann 1810 Stimmen. Es hat sonach ein Rückgang der Socialdemokraten und ebenso der vereinigten Welfen und Ultramontanen um nahezu 1000 Stimmen stattgefunden. Die Stimmenzahl der Deutschfreisinnigen hat sich wenig verändert. Die Nationalliberalen haben um etwa 1500 Stimmen abgenommen. Der Rückgang der letzteren und auch anderer Parteien ist, da die Wahlbetheiligung nicht erheblich geringer war, wesentlich auf die Aufstellung eines eigenen antisemitischen Candidaten zurückzuführen, dessen Erfolge freilich hinter den Erwartungen stark zurückgeblieben sind. Die Stichwahl zwischen dem nationalliberalen und dem welfisch-klerikalen Candidaten findet am 4. Januar statt. Ueber das muthmaßliche Ergebniß derselben führt eine Correspondenz der „Kreuzzeitung" aus dem Wahlkreis das Folgende aus: „Zu Gunsten des nationalliberalen Candidaten fällt schwer in die Waagschale, daß sein Gegner ausgesprochenermaßen streng welfischen Grundsätzen huldigt und nach dieser Richtung hin von dem welfischen Wahldirectorium gekennzeichnet ist. Dadurch werden die Freisinnigen, die sonst vielleicht geneigt sein könnten, für den Candidaten des Centrums zu stimmen, diesem entzogen werden, und sie wenden sich muthmaßlich dem Candidaten der Nationalliberalen zu. Die deutschsocialen Wähler sodann setzen sich wohl ausschließlich aus Vertretern conservativer und auch wohl nationalliberaler Anschauungen zusammen, weil kirchlich denkende und daher centrumsfreundliche Katholiken sich nur sehr schwer dazu verstanden haben dürften, dem Centrumscandidaten untreu zu werden, und so werden auch sie, so weit sie sich nicht der Wahl enthalten, sich für Herrn Sander entscheiden. Daß die Socialdemokraten endlich gegenwärtig, wo das Centrum die regierungsfreundlichste Partei ist, für Herrn Bauermeister stimmen werden, ist um so weniger anzunehmen, als sich in dem Wahlkampfe gerade gegen die Socialdemokratie die Freunde des Centrums auf das Schärfste erklärt haben. Seitens ihrer Partei wird daher wahrscheinlich Wahlenthaltung als Parole ausgegeben werden. Bei dieser Sachlage muß, wenn sich nicht doch noch alles wider die Berechnung gestaltet, angenommen werden, daß voraussichtlich die Nationalliberalen in dem Wahlkreise den Sieg erringen". Wir wollen hoffen, daß dieser Berichterstatter Recht behält.

* Wie der nunmehr vorliegende stenographische Bericht über die Reichstagssitzung vom 18. December ergiebt, stimmten gegen den deutsch-österreichischen Handelsvertrag 36 Conservative, 2 Freiconservative, 5 Nationalliberale, 5 Antisemiten. Für den Vertrag stimmten nur 18 Conservative. Die große Mehrheit der deutsch-conservativen Partei, namentlich die Vertreter der Wahlkreise im Osten der Monarchie, stimmten also gegen die Verträge. Mit diesen Vorgängen hängt es wohl auch zusammen, daß der Abgeordnete von Helldorff, der Führer des gouvernementalen Flügels, aus dem Vorstand der Partei ausgetreten ist.

* Der Termin, zu welchem der größte Theil der Bestimmungen der neuesten Gewerbeordnungsnovelle in Kraft treten muß, rückt immer näher. Einerseits sind denn auch die Behörden aufs Eifrigste mit der Vorbereitung der für die Novelle nothwendigen Ausführungsvorschriften beschäftigt, andererseits lassen es sich die freien industriellen und wirthschaftlichen Vereinigungen angelegen sein, theils den Behörden für die Erfüllung der Aufgaben derselben Vorschläge zu unterbreiten, theils einzelne Puncte der Novelle möglichst gleichmäßig für die verschiedenen Gewerbszweige zu ordnen. Zu den letzteren Vorschriften der Novelle gehören in erster Reihe diejenigen über die Arbeitsordnungen. Einige Vereinigungen, wie der Verein deutscher Eisenhüttenleute, haben Entwürfe zu den neuen Arbeitsordnungen bereits hergestellt, andere, wie der Centralverein der deutschen Lederindustrie und der Verband verwandter Gewerke sind damit gegenwärtig beschäftigt. Alle jene gewerblichen Vereine verfolgen mit diesen Arbeiten den Zweck, die Arbeitsordnungen möglichst einheitlich für ihre ganze Branche zu gestalten und die einzelnen Angehörigen der letzteren auf diejenigen Puncte aufmerksam zu machen, welche unbedingt nach dem Gesetze in den Arbeitsordnungen geregelt sein müssen, wenn die letzteren nicht durch die unteren und in letzter Instanz durch die höheren Verwaltungsbehörden richtig gestellt werden sollen. Das Vorgehen der betreffenden freien industriellen Vereinigungen liegt deshalb nicht blos im Interesse der Angehörigen der Berufszweige, sondern ist auch geeignet, den Verwaltungsbehörden manche ihnen durch den §. 134f der letzten Gewerbeordnungsnovelle auferlegte Arbeit zu ersparen. Die Arbeitsordnungen selbst sind für alle Fabriken, welche in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen, spätestens am 28. April 1892 zu erlassen. Sie treten frühestens zwei Wochen nach ihrem Erlasse in Geltung. Alle Arbeitsordnungen, welche nach dem 1. Januar 1891 erstmalig erlassen, oder nach dem 1. April 1892 abgeändert werden, müssen den Arbeitern der betreffenden Betriebe oder falls Arbeiterausschüsse in denselben bestehen, diesen zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt werden. Arbeitsordnungen, welche vor dem 1. April 1892 erlassen worden sind und nur auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen abgeändert werden müssen, unterliegen dieser Bestimmung nicht.

* Aus Berlin wird geschrieben: „Deutschland und andere Regierungen werden wahrscheinlich, wie man glaubt, der von Spanien gewünschten vorläufigen Verlängerung seiner Handelsverträge für etwa sechs Monate zustimmen. Im Uebrigen bedürfen etwaige Zugeständnisse seitens Spaniens, auch wenn der neue autonome Tarif inzwischen veröffentlicht würde, selbstverständlich der Zustimmung der französischen Kammern, und so läßt die vorläufige Verlängerung, wie schon bemerkt, die nöthige Zeit gewinnen. Die Erhöhung des Spritzolles wurde hier zu Lande sehr bemerkt. Man vermuthet, daß Spanien seinen französischen Nachbar damit über die indirecte deutsche Einfuhr beruhigen wollte. Spanien und Portugal verwerthen übrigens auch besonders schwedischen Sprit. Bezüglich des portugiesischen Vertrags verdient noch Erwähnung, daß derselbe, ursprünglich 1872 abgeschlossen, verlängert wurde und ebenfalls Ende Januar abläuft. Die weitere vorläufige Verlängerung scheint noch nicht beantragt, wird aber erwartet. — In Schweden giebt, den Zeitungen zufolge, ein innerer Kampf wegen der Zölle hervor. Man bezweifelt, daß handelspolitische Verhandlungen zwischen Schweden und Deutschland in naher Zeit zu erwarten wären."

* Die Vorbereitung des Neubaues für die beiden preußischen Kammern ist nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nunmehr spruchreif geworden und im Baubureau, das zur Zeit noch im alten Abgeordnetenhause sich befindet, herrscht rege Thätigkeit, um im nächsten Jahre die Ausführung beginnen zu können. Am 15. Januar k. J. wird das Bureau in das Gebäude der alten Porzellanmanufactur übersiedeln. Der Bau, für den 10 Millionen zur Verfügung stehen, wird in der Bauart der italienischen Renaissance ausgeführt und die Fläche des jetzigen Herrenhauses und des alten Reichstagsgebäudes in seiner ganzen Ausdehnung von der Leipzigerstraße bis zur Prinz Albrechtstraße einnehmen. An der Leipzigerstraße ist ein großer freier Vorhof mit Springbrunnen-Anlagen und gärtnerischem Schmuck geplant. Nach Osten und Westen zu wird dieser Vorhof eingeschlossen von den Wohngebäuden der Präsidenten beider Häuser. Nach Süden zu kommt das Herrenhaus zu liegen. Das Abgeordnetenhaus, dessen Bau zunächst in Angriff genommen wird, findet seinen Platz an der Prinz Albrechtstraße. Zwischen beiden Gebäuden endlich wird ein Verbindungsbau aufgeführt werden, der die Räume für die Minister enthält, die somit Gelegenheit haben, unmittelbar von ihren Zimmern aus sowohl in das Herren- wie in das Abgeordnetenhaus zu gelangen. Der Bau der Gebäude an der Leipzigerstraße wird erst begonnen, nachdem das neue Reichstagsgebäude und das Abgeordnetenhaus fertiggestellt sind und das Herrenhaus nach dem alten Abgeordnetenhaus hat übersiedeln können. Mit der Bauleitung ist der Schöpfer der Entwürfe, der zum Regierungs- und Baurath ernannte bisherige Baurath F. Schultze, betraut worden.

* Wie der „Rh.-Westf. Ztg." geschrieben wird, verdankt die Vermittelung, die Oberbürgermeister Bollmann zwischen der Redaction des „Rheinisch-Westfälischen Tageblattes" und Herrn Fusangel zu Wege gebracht hat, einer Anregung seitens der Regierung in Arnsberg ihren Ursprung.

* Als ein niedliches Pröbchen von der gebräuchlichen Tonart, durch welche Eugen Richter die politischen Sitten Deutschlands vergröbert, setzen wir folgenden Satz aus der „Freisinnigen Zeitung" her: „Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Darmstadt Dr. Osann stimmte im Reichstag gegen die Handelsverträge. Aus dem Reichstagsalmanach ist nicht einmal ersichtlich, daß Herr Osann gleich den braven Nationalliberalen aus der Pfalz irgend einen Weinberg besitzt, welcher ihn zur Opposition aufstachelt."

* Nachdem vor acht Tagen eine socialdemokratische Versammlung in Bremerhaven Se. D. dem Fürsten v. Bismarck durch Resolution aufgefordert hatte, sein Reichstagsmandat niederzulegen, hat am Sonntag in Ladecop (Reg.-Bez. Stade) eine gleichfalls von socialdemokratischer Seite einberufene Versammlung dem Fürsten durch Resolution ihr unbedingtes Vertrauen ausgesprochen. Der Hauptredner der Socialdemokraten war der Cigarrenfabrikant Schmalfeld aus Stade, während die Gegner der Socialdemokraten durch den Dr. Diederich Hahn aus Berlin vertreten waren. Dr. Hahn vertheidigte unter dem Beifall der überwältigenden Mehrheit der Versammlung den Fürsten Bismarck, und dem gegenüber verfing auch das in dem Munde eines Socialdemokraten etwas seltsame Argument Schmalfeld's nicht, den Dr. Hahn als Gegner der jetzigen Regierung zu denunciren und ihm die Vertheidigung Bismarck's als unerlaubte Auflehnung gegen die Obrigkeit auszulegen. Ein letzter Versuch des socialdemokratischen Vorsitzenden, noch durch vorzeitigen Schluß der Versammlung die Abstimmung über die Resolution zu hintertreiben, wurde gleichfalls vereitelt.

* Nach amtlich festgestelltem Ergebniß der Wahlen zum Bürgerausschuß in Stuttgart gehört die überwiegende Mehrheit der Gewählten der deutschen Partei an. Zum ersten Mal ist in Folge der gegenseitigen Bekämpfung der Ordnungsparteien auch ein Socialdemokrat gewählt worden.

* * *

* Wie aus Wien berichtet wird, ist der Minister a latere Szögyeny, der zu einer Ministerberathung nach Pest gereist war, nach Wien zurückgekehrt, um die Zustimmung des Monarchen zu der Auflösung des ungarischen Reichstages einzuholen.

* Aus Wien wird gemeldet: Taaffe lehnte den Eintritt Widmann's in das Cabinet ab, weil letzterer, in das Geheimniß der Versöhnungspolitik aufs tiefste eingeweiht, bei seinem Verzicht auf die Statthalterschaft Tirols sich mit Taaffe überwarf. Der Letztere verlangte von den liberalen Parteiführern die Nominirung eines unoffensiven absolut zuverlässigen Vertrauensmannes. Beiden Parteien genehm ist Rhuenberg, dem vor Jahresfrist die Stelle eines Kreisgerichtspräsidenten verweigert wurde.

* In Pest hat, wie schon kurz gemeldet, in der Franz Josef-Caserne ein Duell zwischen dem Landesvertheidigungsminister Baron Fejervary und dem Abgeordneten Gabriel Ugron von der äußersten Linken stattgefunden. Die Ursache des Duells waren bekanntlich gegenseitige Beleidigungen im Parlament. Secundanten des Ministers waren die Grafen Tibor Karolyi und Stefan Keglevich, diejenigen Ugron's die Redacteure Abranyi und Bolgar. Es waren die schwersten Bedingungen vereinbart und auch an die kaiserliche Cabinetskanzlei Meldung erstattet worden. Ueber den Verlauf erhält die „Voss. Ztg." folgenden Bericht:

Pest, 21. December. Der Verlauf des Duells war außerordentlich heftig. Zuerst fand auf 25 Schritte Distanz ein zweimaliger Kugelwechsel statt. Es wurde Niemand getroffen, worauf sofort ein Säbelduell folgte. Bei demselben drangte sich der sechzigjährige Fejervary seinem viel jüngeren Gegner gegenüber äußerst schneidig. Der Minister wurde leicht am Unterarm geritzt, dagegen erhielt Ugron mehrere Stichen, darunter eine am Handgelenk, in Folge deren Ugron kampfunfähig erklärt wurde. Als seine Wunden verbunden waren, schritt Ugron auf den Minister zu und sagte: „Ich bedauere das Vorgefallene!" Darauf reichte der Minister seinem Gegner die Hand und beide schieden versöhnt.

* Kaiser Franz Joseph hatte dem Obersten Graf Hartenau, dem früheren Fürsten Alexander von Bulgarien, die Annahme des ihm von der bulgarischen Sobranje bewilligten Jahresgehaltes von 50 000 Francs gestattet. Er sandte darauf seinen Privatsecretair Menges nach Sofia, der Sobranje den Dank abzustatten, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

Sofia, 21. December. Der Privatsecretair des Grafen Hartenau, Menges, erklärte dem Präsidenten der Sobranje, daß in Folge Entscheidung des Kaisers Franz Joseph der ehemalige Fürst Alexander die ihm bewilligte Pension annehme. Im Palaste fand zu Ehren Menges eine Gala-Tafel statt, bei welcher Fürst Ferdinand einen in warmem Tone gehaltenen Toast auf den Battenberger ausbrachte.

* Während der gestern in Sofia abgehaltenen Sobranje wurde ein Schreiben des Grafen Hartenau verlesen, in welchem derselbe dem Danke für den hochherzigen Beschluß des bulgarischen Volkes, sowie den Wünschen Ausdruck giebt, daß es dem Volke und seinen tapferen Söhnen wohlergehen möge, welche sich ihres ehemaligen Führers in schwerer, aber ruhmvoller Zeit in so dankbarer Weise erinnert hätten. Das Schreiben wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

* Wie aus Paris mitgetheilt wird, hält man es dort für fraglich, ob sich Rußland dem französischen Schritte in Konstantinopel, um die Pforte wegen der Verletzung der Capitulationen in Bulgarien anzurufen, anschließen werde. Das französische Cabinet ist übrigens auch bereits in Kenntniß gesetzt, daß die Pforte die französische Auffassung, es sei das Vorgehen der bulgarischen Regierung bei der Ausweisung des Herrn Chadourne den Capitulationen zuwiderlaufend gewesen, nicht theile.

* In Paris existirt in der Rue des Postes eine freie Schule, welche zur Vorbereitung von Zöglingen für die Ecole Polytechnique und für die Schule von Saint-Cyr dient und früher von Jesuiten geleitet wurde. Diese Anstalt hat ihren katholischen Charakter auch nach der Ausweisung der Congregationen und geistlichen Orden bewahrt, und im Administrationsrathe der Schule befanden sich die hervorragendsten Führer der monarchischen Partei. Vor wenigen Tagen hat nun eine Comité-Sitzung stattgefunden, in welcher mit Ausnahme des Herrn de Mun und Lawal alle Verwaltungsräthe und insbesondere Baron de Mackau, Prinz Arenberg, Gemeinderath Odelin u. s. w. ihre Demission gegeben haben. Als Ursache dieses Massenaustrittes der angesehensten Administrationsräthe wird die Rückkehr von Jesuiten in die Anstalt bezeichnet. Die genannten Verwaltungsräthe wollten sich nicht an einer Action betheiligen, die nach den jüngsten Zwischenfällen einer Herausforderung der Regierung gleichkommen würde. „Nach den gesetzlichen Bestimmungen", schreibt der „Eclair", dem man diese Mittheilungen entnimmt, „dürfen nur zwei Jesuiten-Patres in einem Ordenshause wohnen; in der Rue des Postes sind jetzt aber 17 Jesuiten beisammen, 12 Patres und 5 Laienbrüder, welche als Krankenwärter, Pförtner, Haushälter und Köche Verwendung finden. In der Rue Lhomond sind außerdem zwei Häuser, die Nummern 16 und 26, von Jesuiten bewohnt, welche allmälig nach der Rue des Postes herüberkommen und die weltlichen Lehrer ganz verdrängen sollen." Wenn sich